

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementpreis 1,50 M. pro Quartal
bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 55, Riser-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Vollstreckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Die Zunahme unserer Mitglieder hält weiter an!

Dem Abschluß des dritten Vierteljahres sahen wir mit einiger Spannung entgegen, denn es mußte sich zeigen, ob der vordem festgestellte erfreuliche Fortschritt der Mitgliederentwicklung auch bis in die jüngste Zeit hinein angehalten hat. — Nun steht es unbedingt fest: Wir rücken unaufhaltsam an 50 000 Mitglieder heran.

Beträgt die Auflage unseres Verbandsorgans „Der Maler“ schon seit Wochen 50 000, so sind wir mit den Mitgliedern bis 1. Oktober bereits auf 48 770 gekommen, gegenüber 47 019 am 1. Juli d. J. und 43 548 am 1. Oktober 1926. — Das sind gegen den 1. Juli d. J. 1751 und gegen den 1. Oktober des Vorjahres 5222 oder 12% Mitglieder mehr; bei der immer noch nicht günstigen Berufsfrage und bei Berücksichtigung anderer mißlicher Umstände, von denen nur das ungeheuerliche Kleinmeisterium erwähnt werden soll, eine durchaus gesunde Entwicklung. Die Lehrlinge und — was zu beachten ist — auch die Lackierer sind an dem Aufstieg in gleicher Weise mitbeteiligt. Aber auch die sieben Verbandsbezirke nehmen sämtlich an dem Aufstieg teil. — Mit Genugtuung sei festgestellt, daß die Zunahme der Mitglieder nach der Zahl der geleisteten Beiträge noch größer als die der einge-

tragenen Mitglieder ist. Das beweist, daß man die Mitgliederlisten von allen denen gereinigt hat, die nicht auch ihren finanziellen Pflichten nachkommen. Von größter Bedeutung aber ist es, daß gleichzeitig auch die Zahl der entnommenen Erwerbslosenmarken (10 M.-Marken) wesentlich zurückgegangen ist. Darin sehen wir nicht nur eine Wirkung des günstigeren Geschäftsganges, sondern auch einen Beweis, daß die Mitglieder mehr und mehr den großen Wert der Leistung von Vollbeiträgen aus eigenem Interesse erkennen.

Selbstverständlich sind von allen diesen Erscheinungen auch unsere Verbandsfinanzen günstig beeinflusst worden. Nur so weiter, und das Ziel ist nicht mehr fern, von dem aus wir viel leichter als bisher noch zu weiterem Aufstieg und größeren Erfolgen gelangen werden.

Steht auch der Winter vor der Tür, so müssen wir dennoch — jetzt sogar erst recht — bemüht sein, in der Beitragsleistung zurückgebliebene Mitglieder wieder mit in Reih und Glied zu bringen und außerdem die Zahl der Unorganisierten vom ersten Kunstgewerbler bis zum letzten Hilfsarbeiter, ganz gleich auch welchen Alters, immer mehr zu dezimieren.

Die Großmacht der Chemie.

Die chemische Industrie ist heute die größte Wirtschaftsmacht in Deutschland. Lange Jahrzehnte hindurch war es die Montanindustrie in Verbindung mit der Eisen- und Stahlgewinnung. Eisen und Stahl geben der modernen Zeit ihr Gepräge. Ohne diese Produkte wäre die moderne Kultur in all ihren Formen unmöglich. Deshalb war die Schwerindustrie lange Jahre hindurch eine Großmacht im Wirtschaftsleben. Die chemische Industrie zählt zu den jüngsten in Deutschland. Ihr Aufstieg namentlich in den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Kriege gehört zu den interessantesten Epochen der wirtschaftlichen Entwicklung. Aus ihr bildete sich eine Großindustrie, die ihre eigenen Gesetze hat und mit den übrigen Wirtschaftszweigen nur schwer vergleichbar ist. Der Krieg erweiterte das Feld der Chemie, Rohstoffe, die aus dem Ausland nicht zu beziehen waren, mußten zu gewinnen versucht werden. Ueberdies erforderte die Kriegführung selbst, daß der Chemie ihre Geheimnisse entzogen wurden. Da die Zufuhr von Stickstoff und Nahrungsmitteln stockte, kam es zu den interessantesten und epochemachenden Versuchen, Stickstoff aus den fernen Zonen der Luft herunterzulassen, um sie zur Gewinnung der menschlichen Nahrung nutzbar zu machen. Die Nachkriegszeit hat die chemische Industrie in neue Bahnen gedrängt. Die Erfahrungen des Krieges wunden zunutze gemacht und zu erweitern versucht. So erwuchs aus all diesen Umständen eine mächtige Großindustrie, die zu der ersten in Deutschland wurde. Es ist deshalb kein Wunder, daß die größte deutsche Aktiengesellschaft, die über ein Aktienkapital von 1100 Millionen Mark verfügt, von der chemischen Industrie errichtet wurde. Der Reichsverband der deutschen Industrie, diese mächtigste Unternehmerorganisation, wird von einem chemischen Großindustriellen, Professor Dr. Duisberg, geleitet. So ist es zu einer Umgruppierung gekommen, die mächtige Schwerindustrie des Westens mußte es sich gefallen lassen, an die zweite Stelle gedrängt zu werden.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands konnte vor einigen Tagen sein fünfzigjähriges Bestehen feiern. Unlänglich dieses Gedenktages trat die Entwicklung und Entfaltung der chemischen Industrie in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussionen. Dabei wurde die Bedeutung dieser Industrie für das deutsche Wirtschaftsleben in das stärkste Licht gerückt. Ausgang der siebziger Jahre schätzte man die Produktion der chemischen Industrie auf rund 50 Millionen Mark jährlich. Nach einer vom Reichsamt

des Innern veröffentlichten Statistik war sie im Jahre 1897 bereits auf 948 Millionen Mark gestiegen. Für das Jahr 1926 schätzt man die chemische Produktion auf rund 3 Milliarden Mark. Dennoch hat das geheimnisvolle Zauberwort Chemie noch keine Grenzen der technischen Entwicklungsmöglichkeiten erkennen lassen.

Es ist gerade für Deutschland von wesentlicher Bedeutung, aus den vorhandenen Stoffen dasjenige herauszuholen, was die Natur woanders in freispender Weise bietet. Früher ungenutzt, wertlose Abfälle bilden heute den Rohstoff für wertvolle Produkte. Das riesige Reservoir der Luftschichten wird der menschlichen Nahrung dienstbar gemacht. Aus den Tiefen der Erde werden Schätze geholt, die in verfeinerter Produktion das irdische Leben verschönern helfen. Die chemische Industrie ist die Verbindung zwischen Wissenschaft und industrieller Tätigkeit. In den Laboratorien sind heute Tausende von Menschen tätig zur Erforschung immer neuer Möglichkeiten. Die nächste Stufe ist die Produktion, wo die stillen Forschungen zur lebenspendenden Wirklichkeit werden. Daneben entstanden Büros und Abfahrorganisationen, um die so entstandenen Produkte zu vertreiben. Teilweise war gar kein Markt vorhanden, sondern er mußte erst gesucht und geschaffen werden. Und aus der Vereinigung all dieser Faktoren entstanden solche gewaltigen Körper, wie die I. G. Farbenindustrie A.-G. Sie ist eine Unternehmung von gewaltiger Bedeutung und Ausdehnung. Nicht nur eine Großmacht im Innern, sondern mit den andern Industrien der Welt durch Interessengemeinschaften verbunden und verankert.

Auf der bereits erwähnten Tagung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie hielt eine führende Persönlichkeit des I. G. Farbenindustrie A.-G., Dr. H. v. Weinberg, einen Vortrag, in dem auf die Zukunft der chemischen Industrie mit folgenden Worten hingewiesen wurde:

„Ueberblicken wir zunächst die anorganische Chemie, so sehen wir, daß selbst die alten Verfahren, wie die Herstellung von Schwefelsäure, durch neue Methoden ersetzt, daß Metalle und andere Elemente, wie Magnesium, Beryllium, Wolfram, Cer, Chrom, Titan, erfolgreich in das Gebiet der Technik einbezogen werden und daß alle Edelsteine auf chemischem Wege herzustellen gelernt worden sind. Von überragender Bedeutung ist aber die technische Verwirklichung des Haber-Bosch-Verfahrens zur Erzeugung von Ammoniak aus Stickstoff und Wasserstoff. Neue Wege zur Gewinnung von Salpetersäure, Nitrit usw. wurden erschlossen. In die Erschließung des Hochdruck-

Kontaktverfahrens bei der Ammoniak-Synthese knüpft sich schon heute eine Reihe ungemein wichtiger neuer Methoden, wie der Synthese der Cyanwasserstoffe und der höheren Alkohole. Auf diese Weise werden organische Substanzen vorteilhaft in beliebigen Mengen erzeugt, die als Lösungsmittel usw. in steigenden Mengen Verwendung finden. Aber es wird voraussichtlich auch möglich sein, die so gewonnenen höheren Alkohole zu Fettsäuren zu oxydieren und uns zum Beispiel in der Seifenindustrie von Naturprodukten unabhängig zu machen. Durch Kontakt-Synthesen wird es uns ferner gelingen, die Ausgangsstoffe für die Synthese von Kautschuk und Cellulose in bequemer Weise zu gewinnen. In erreichbare Nähe gerückt sehen wir die, wenn auch noch nicht völlig gelöste Aufgabe, Stickstoff mit Hilfe von Selen aus Kohlehydraten und Ammoniaksalzen herzustellen. Der große Bedarf der Menschheit an Essigsäure wird heute aus Kohle und Kalk gewonnen. Wichtig ist auch die Herstellung des künstlichen Kampfers. Künstliche Harze und Kunststoffe aller Art ersetzen Schellack, Horn, Leder und andere Materialien. In das Gebiet der Faserstoffe ist die Chemie vorgebrungen, und verschiedene Methoden führen zu brauchbarer Kunstseide. Die Entwicklung dieses Fabrikationszweiges ist aber noch lange nicht abgeschlossen. Es ist gelungen, eines der wichtigsten Probleme, die Synthese der Petroleumkohlenwasserstoffe, technisch zu lösen. Die Ausgangsmaterialien sind letzten Endes Steinkohle oder Braunkohle und Wasser. Hiermit wurde ein Weg eingeschlagen, der analog dem ist, der in der Natur zur Entstehung des Erdöls geführt hat. Auf dem viel bearbeiteten Gebiete der Leerfarbstoffe können wir stetige Fortschritte feststellen. Schon ist Indigo und Alizarin durch Indanthrenfarbstoffe und Körper der Naphthol A. S. Rhele übertroffen und stetige Fortschritte macht die Verbesserung der Herstellung aller Gruppen der Leerfarbstoffe, von denen, wenn man nur die wichtigsten berücksichtigt, etwa 2000 benutzt werden. Unermüdet gehen die Untersuchungen weiter auf dem Gebiete der Synthese neuer Hellstoffe. Hier öffnet sich das Tor, das von der chemischen Industrie zur Biologie hinüberführt und diese beiden scheinbar zu verschiedenartigen Gebiete in immer nähere Beziehung bringen wird.“

Aus diesen Worten kann man schließen, daß die bisherigen Erfolge der Chemie erst Anfänge darstellen. In Zukunft werden organische Substanzen hergestellt werden, die die deutsche Wirtschaft auf eine ganz neue Grundlage stellen können. Die Einfuhr von Rohstoffen wird überflüssig werden. Sogar Kautschuk und Cellulose, jene Stoffe, auf denen die Monopolmacht des

billigen Weltreiches begründet liegt, will die Chemie gewinnen. Doch nicht nur dies, auch Elweißstoffe, die die menschliche Ernährung wesentlich zu erweitern in der Lage sind, sollen gewonnen werden. Durch die Synthese der Petroleumkohlenwasserstoffe hat man einen Weg eingeschlagen, der in der Natur zur Entstehung des Erdöls geführt hat und in der chemischen Verarbeitung unserer Kohlenstoffe praktisch zur Auswertung kommt, das sind nur einige Dinge, die wir noch einmal unterstreichen wollten. Somit ist das Gebiet der Chemie unbegrenzt. Durch die von Herrn v. Weinberg hervorgehobenen internationalen Verbindungen, die gerade in der chemischen Industrie zur Tatsache geworden sind, werden die Landesgrenzen glatt überwunden.

Somit ist Vorsorge getroffen, daß auch in Zukunft das Brot schneller wächst als die Menschen, die Menschheit auf Erden glücklicher leben kann, als dies bisher der Fall war. Somit wird das Forschungsgebiet Chemie zu einer sozialen Angelegenheit. Die Kommandeure dieser Industrie müssen es sich vor Augen führen, welche Macht in ihre Hand gegeben ist. Die chemische Industrie muß ihrer Arbeiterschaft, die teilweise ihre Gesundheit einsehen und schwere Arbeit leisten muß, gut bezahlen. Die erbärmlichen Arbeitsverhältnisse in den „Giskhütten“ dürfen niemals wiederkehren. Darüber hinaus muß das gesamte arbeitende Volk Teil haben an diesen Errungenschaften, die durch die Verbindung zwischen Wissenschaft und Arbeit entstanden. Nicht Monopolgewinne der betreffenden Industrie soll das Ziel sein, sondern die vorteilhaftere Versorgung der Menschheit mit allem, was sie bedarf. Ein neues Zeitalter scheint heraufzuzugleiten, das besser und vorteilhafter ist als jedes andere zuvor. Aufgabe der Arbeiterschaft muß es da sein, sich ihren Anteil an den Reichtümern der Menschheit zu sichern.

Konjunkturbericht vom Monat Oktober.

Nach amtlichen Feststellungen ist der Reinzugang an Wohnbauten und verfügbaren Wohnungen in 45 deutschen Großstädten in den ersten drei Quartalen von 1927 wesentlich größer, als in den gleichen Zeitabschnitten der vorangegangenen Jahre. Die eingereichten Bauvorhaben weisen trotz der nicht unerheblichen Preissteigerungen für Baustoffe auf eine auch ferner günstige Fortentwicklung hin. Von den bisher genehmigten Vorhaben entfallen wesentliche Teile auf Neubauten. Namentlich die Industrie ist seit etwa der Mitte des Jahres, im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtkonjunktur, zu großen Neu- und Umbauten geschritten, wodurch die geschäftliche Situation auf dem Bauplatz zumindest für die nächste Zukunft günstig beeinflusst werden dürfte.

Entgegen dieser optimistischen Auffassung steht die Tatsache fest, daß die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Deutschland in der Zeit vom 15. bis 31. Oktober — zum ersten Male seit Februar dieses Jahres — sowohl in der Arbeitslosenversicherung als auch in der Krisenfürsorge, um insgesamt rund 13 000, das sind 2,9 % der bisher Erwerbslosen, gestiegen ist. Die Zunahme der Arbeitslosen wird amtlich auf eine erhebliche Einschränkung der Notstandsarbeiten, die Entlassung von landwirtschaftlichen und baugewerblichen Arbeitern, dann aber auch auf Beschränkungen in sonstigen Saisonbetrieben zurückgeführt. Aber so unerfreulich diese Steigerung der Erwerbslosenziffern ist, darf sie doch nicht als ein Beweis gegen das Fortbestehen einer verhältnismäßig günstigen Baukonjunktur bewertet werden. Wie gegen das Ende des

Sommers regelmäßig noch einmal eine erhöhte Bautätigkeit eintritt, um die Bauten vor dem Einriß der kalten Jahreszeit aus dem Grund, und wenn irgendmöglich, noch unter Dach zu bringen, so setzt er sich in der Regel in der stilleren Periode ein, sobald dieses Ziel als gesichert gelten kann. Dennoch darf der Arbeitsmarkt im eigentlichen Baugewerbe, zumindest für gelernte Arbeiter, noch als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Sowohl der Wohnungsbau als Mangel an Baugeldern eingestellt werden muß, nimmt die ungeschwächt anhaltende industrielle Bautätigkeit einen großen Teil der freiwerdenden baugewerblichen Arbeitskräfte auf.

Anderes im Malergewerbe. Zweifellos ist dieses an einem stottern Geschäftsgang der Bauindustrie stark interessiert. Solange die Menschen infolge der Wohnungsnot in qualvoll fürchterlicher Enge in unzureichenden Wohnungen zusammengepfercht sind, können auch die noch so dringend notwendigen Renovierungsarbeiten nicht in durchgreifendem Maße vorgenommen werden. Andererseits bietet die immer noch vorherrschende Einfachheit der Arbeitsausführung in Massenwohnungen keinen Ersatz für diesen Ausfall an Privatarbeiten, und die noch größere Einfachheit bei industriellen Neubauten drückt noch mehr auf die nicht gerade glänzende Konjunktur unseres Gewerbes.

Wir haben bei dem Bericht über die „Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes“ in Nr. 46 des „Maler“ die Frage offen gelassen, inwieweit die auffallende Zunahme der Kurzarbeit auf vorzeitige Einführung der Winterarbeitszeit zurückzuführen ist. Die Frage kann hier damit beantwortet werden, daß von den 39 Orten, die rechtzeitig berichtet haben, bereits 6 Orte eine verkürzte Arbeitszeit melden. Es ist als bestimmt anzunehmen, daß auch in andern Filialen, die an den Konjunkturberichten nicht beteiligt sind, vereinzelte Fälle von Kurzarbeit im Baugewerbe festgestellt wurden, so daß das überraschende Ergebnis unserer Arbeitslosenstatistik damit eine Lösung gefunden hat. Im übrigen waren an der diesmaligen Erhebung 121 Betriebe mit 3905 Beschäftigten beteiligt. Der Beschäftigungsgrad wurde für 8,3 % der Betriebe (gegen 16,1 % im September) mit 10,6 % der Beschäftigten (gegen 16 %) mit sehr gut, für 38,8 % (gegen 37,9 %) der Betriebe mit 42,8 % (gegen 48,5 %) der Beschäftigten mit gut, für 44,6 % (gegen 42 %) der Betriebe mit 41,5 % (gegen 32,7 %) der Beschäftigten mit befriedigend und für 8,3 % (gegen 4 %) der Betriebe mit 5,1 % (gegen 2,8 %) der Beschäftigten mit schlecht beurteilt. Das ist gegenüber dem vorigen Jahre noch ein recht günstiges Ergebnis, zeigt aber seit dem Juli ein zwar langsames aber stetiges Abflauen der Konjunktur.

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit							
	sehr gut		gut		befriedigend		schlecht	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
1926 Oktober ..	4,7	5,3	26,0	31,8	50,8	47,8	19,5	15,1
November ..	3,0	7,5	15,0	25,3	54,2	40,4	27,8	17,8
Dezember ..	—	—	6,9	8,9	48,5	64,0	44,6	27,1
1927 Januar ..	—	—	6,6	12,0	40,0	44,0	53,4	44,0
Feb. uar ..	1,5	5,1	12,1	16,6	50,8	55,8	35,6	22,5
März ..	8,9	9,9	48,0	58,6	37,0	28,9	8,1	2,6
April ..	15,4	18,0	47,1	52,6	36,0	28,5	5	0,9
Mai ..	17,9	21,8	60,2	62,0	9,5	13,9	2,4	2,3
Juni ..	14,5	19,8	45,1	51,3	31,0	25,3	8,4	3,6
Juli ..	21,8	23,0	40,3	52,0	34,7	23,7	3,2	1,3
August ..	18,5	26,1	36,1	37,8	44,6	35,6	0,8	0,5
September ..	16,1	18,0	37,9	48,5	42,0	32,7	4,0	2,8
Oktober ..	8,3	10,6	38,8	42,8	44,6	41,5	8,3	5,1

Ein erfreuliches Moment ist die Verbesserung des Organisationsverhältnisses. Die Zahl der Organisierten betrug im Oktober erstmals 85,2 % der beschäftigten Arbeitnehmer. Dagegen hat auch die Zahl der Lehrlinge

mit 621 oder 15,9 % der Beschäftigten überhaupt, und 5,1 pro Betrieb, einen am diese Jahreszeit ungewöhnlichen Stand erreicht, entfielen doch im Durchschnitt immer noch 32,3 Arbeitskräfte auf den einzelnen Betrieb. Laufe des Monats Oktober wurden von 60 Betrieben noch 345 Gehilfen eingestellt und von 77 Betrieben 524 Gehilfen entlassen. Die Fluktuation hält sich also in den selben Grenzen wie in den vorausgegangenen Monaten. — Wir glauben nicht sehr zu gehen, wenn wir die erwähnte Einführung von Kurzarbeit auf gegenseitiges Einverständnis von Unternehmern und Arbeitern zurückzuführen, um vorzeitigen Entlassungen vorzubeugen. Überstunden wurden nur in 2 Betrieben mit zusammen 60 Beschäftigten Personen geleistet. Die mit dem 1. Oktober eingetretene Lohnerhöhung ist in allen vom Bericht umfaßten Betrieben reiflos durchgeführt worden.

Aus der Waggonindustrie.

Bekanntlich haben sich unter dem Druck der Reichsbahnverwaltung 32 Betriebe der Waggonindustrie im Dezember des vorigen Jahres zur Deutschen Waggonbauvereinigung zusammengeschlossen. Diese Vereinigung hat mit der Reichsbahnverwaltung einen Vertrag abgeschlossen, der den Werken der Vereinigung 90 % der Aufträge der Reichsbahn zusichert. Seit Wochen bestand bei einem Teil dieser Werke die Absicht, eine besondere Westliche Gruppe zu bilden. Diese Absicht wurde in den letzten Tagen verwirklicht. Unter der Bezeichnung Vereinigte Westdeutsche Waggonfabriken A.-G. haben sich folgende Betriebe zusammengeschlossen: Düsseldorf, Eisenbahnbedarf, vorm. Weyer & Co. A.-G., Düsseldorf, Killing & Sohn, Hagen, Ekeles, van der Jypen und Charlier G. m. b. H., Köln. Die neue Aktiengesellschaft wird ein Kapital von 11 Millionen Mark haben und am 1. Dezember dieses Jahres 32 Betriebe der Gründergesellschaften übernehmen. Die Verhandlungen mit den Firmen Gebrüder Schindorf A.-G. in Düsseldorf und Gustav Talbot & Co. in Aachen waren ergebnislos. Der Anteil der von der Reichsbahn an die neue A.-G. zu vergebenden Aufträge soll 13,5 % betragen.

Dieser neue Zusammenschluß wurde sicherlich zu dem Zweck vorgenommen, eine weitere Rationalisierung der Produktion wie der von der Reichsbahn zu vergebenden Anteile hervorzuheben. Die bezirklichen Betriebsgruppen sollten die Anteile der Werke in sich zu einem Gesamtanteil vereinigen und nach den rationalisierteren Gesichtspunkten innerhalb der Gruppen neu verteilen. Dabei wird auch jetzt wieder mit dem Gedanken gespielt, gelegentlich Werke stillzulegen.

Für die Arbeiterschaft bedeutet dieser Zusammenschluß die Notwendigkeit, ebenfalls zu einer festeren organisatorischen Zusammenfassung zu kommen. Wenn die Rationalisierungsbestrebungen in der Produktion sich praktisch auswirken, wird nicht etwa nur der einzelne Betrieb erfährt, sondern diese Auswirkungen werden sich ganz unmittelbar in den übrigen Betrieben der neuen Vereinigung zeigen. Diese Gefahr erkennen, heißt ihr begegnen. Das kann geschehen durch starke gewerkschaftliche Organisation.

Dabei stoßen wir auf eine andere Neuerung in der Waggonindustrie. Die Waggonbauvereinigung, von der wir eingangs sprachen, hat jetzt zwecks Verbilligung des Einkaufes für ihre angeschlossenen Fabriken an Eisen und sonstigem Material eine Vereinbarung mit dem Eisenhandel abgeschlossen. Die Belieferung der Waggonbauvereinigung wird durch einige Großhändlerfirmen bewerkstelligt, für die die Firma Thyssen Eisen- und Stahlw. Berlin federführend ist. Letztere hat auch den Abschluß mit der Waggonbauvereinigung gemacht. Die Frage kommenden Eisenhändler haben sich zu diesem Zwecke zu einer „Wagenbau-Eisenvereinigung“ mit dem Sitz in Berlin zusammengeschlossen. Es handelt sich dabei um nachstehende Handelsgruppen: Vereinigte und Mitteldeutsche Stahlwerke, Krupp, Alschnerwerke, Hoersch-

Das Buch der Werkstätten.

Als vor Jahren die Idee aufstach, den Bücherverbrauch der minderbemittelten Bevölkerungsschichten genossenschaftlich zu regulieren, erhob sich von seiten des offiziellen deutschen Buchhandels ein scharfer Protest. Kein Wunder, denn das jahrhundertalte Privileg des Buchhandels, souverän die Buchherzeugung und damit den Preis des Buches zu bestimmen, wurde zum erstenmal durchbrochen. Das genossenschaftliche Buchwesen, das System der Buchgenossenschaft, ging von dem Gedanken aus, daß der Werkstätige heute wirtschaftlich nicht in der Lage ist, sich ein gutes und schönes Buch zu den vom Buchhandel willkürlich festgesetzten Preisen zu kaufen. Hingegen müsse das genossenschaftlich hergestellte Buch bedeutend billiger sein, als das aus der Produktion eines Privatunternehmens hervorgegangene, und damit erschwinglich für den Arbeiter.

Es ist im deutschen Buchhandel wieder ruhiger geworden um die Buchgenossenschaften. Und das aus Gründen, mit denen der Buchhandel wohl zufrieden sein kann. Die meisten Buchgenossenschaften, obwohl fast ausschließlich aus Arbeitern bestehend, haben sich nämlich unter dem Deckmantel scheinbarer Neutralität in das Fahrwasser bürgerlicher Politik und religiöser Beeinflussung schieben lassen. Auch ist in ihnen der Geist wieder zur Geltung gekommen, zu dessen Verbannung sie ins Leben traten: die Profitgier der privatrechtlichen Wirtschaft. Natürlich nicht in brutaler Offenheit. Man hält auf „niedrige, volkstümliche“ Preise. Aber da man für solche Preise Bücher liefert, die grauen Rotationsdruck auf gewöhnlichem, vergilbtem Papier zeigen, schwandig mit Draht geheftet sind und ordinäre, häßliche Bindearbeit aufweisen, so darf man mit Recht von zu teuren Büchern reden. Man muß sagen, daß der Gedanke der Buchgenossenschaft heute schon erheblich diskreditiert ist, weil die bürgerlichen (angeblich farblosen) und religiösen Buchgenossenschaften häufig Bücher liefern, die buchtechnisch, künstlerisch, literarisch oder weltanschaulich zu beanstanden sind.

Merkwürdigerweise erhebt sich eine der jüngsten Buchgenossenschaften der andauernden Abneigung des offiziellen

deutschen Buchhandels und außerdem der soliden Feindschaft der bürgerlichen und religiösen Buchgenossenschaften. Es ist die Büchergilde Gutenberg (Berlin SW. 61, Dreißendstraße 5). Das ist aber gar nicht so merkwürdig, sondern findet seine stichhaltige Erklärung darin, daß die Büchergilde Gutenberg unbeeirrt am Grundgedanken der Buchgenossenschaft festhält. So ideal führt sie ihn durch, daß sich neuerdings sogar der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hinter sie gestellt hat.

Wenn sich der Werkstätige ein Buch anschafft, kauft er es nicht zum flüchtigen Lesen. Er will für sein schwer erarbeitetes Geld etwas fürs ganze Leben haben, ein Buch, aus dem er sowie seine Familie immer wieder Freude, Belehrung, Unterhaltung schöpfen können. Das Buch muß schön, dauerhaft, gut, das heißt, literarisch einwandfrei, nicht veraltet und selbstverständlich weltanschaulich nicht befrügender und vergiftend sein. Bei aller Unterhaltsamkeit darf es ihm die Kenntnis der Welt, so wie sie wirklich ist, nicht vorenthalten. Und es muß natürlich auch billig sein.

Alle diese Voraussetzungen finden sich in den bisher ungefähr 40 Bänden der Büchergilde, und daher ihr Erfolg, daher aber auch die Feindschaft gegen sie. Ihr Autorenregister weist nur Namen von Rang auf: Jack London, Ernst Preczang, der Märchendichter H. C. Andersen, Martin Andersen Nexø, R. Eraven, Mark Twain, Armin T. Wegener, Max Baribel, Dr. John Schikowsky, Colin Ross, Max Kreyer, Johannes Schönerer u. a. Die Ausstattung, die ja von den Spitzen des buchdruckerischen Fachverständes überwacht wird, reicht an die Schönheit aller handwerklichen Druckwerke heran. Und über die Preiswürdigkeit kann sich jeder orientieren, der Auskunft bei der Büchergilde über die Bedingungen der Mitgliedschaft einholt. Es kommt ja einer wöchentlichen Abzahlung in Pfennigen gleich.

Diese Vorzüge der Büchergilde Gutenberg können die bürgerlichen und religiösen Buchgenossenschaften nicht hinwegjagen; denn sie sind für jeden nachprüfbar. Man verachtet dem Anwachsen der Büchergilde nun Abbruch zu tun, indem man ihr vorwirft, sie begünstige Tendenzkunst. Nun, die Mitglieder der Büchergilde sind bestimmt anderer Meinung; denn man findet unter ihnen Angehörige aller

möglichen Weltanschauungen und Parteirichtungen. Es ist also klar, daß es nur das hohe Niveau der Bücher ist, von dem sie zur Mitgliedschaft bestimmt werden. Eine Anzahl der Publikationen der Büchergilde zeigt sich allerdings die Darstellung der sozialen Wahrheit (die niemals parteilich ist) zum Ziel, und die Erfahrung lehrt, daß es Menschen gibt, denen die bloße Wahrheit schon eine Tendenz ist. Dagegen aber kann man nichts machen.

Untersuchen wir einmal näher. Von den Werken Ernst Preczangs, des literarischen Leiters der Büchergilde, sind drei auch im Verlage der Büchergilde erschienen, und eine kurze Charakteristik ihres Bestes mag zeigen, wie fern diesem Dichter, in dem sich Kenntnis der Welt mit zarter Innerlichkeit paart, eine aufgetragene Tendenz liegt. Da ist „Die Glücksbude“. Das Hohenlied der kasperen Frau, die ihrem Männe Gefährtin und Helferin und Geliebte ist und durch eine warme Festerkeit das rauhe Leben erträglich macht. Das ist ohne süßliche Sentimentalität erzählt, aber voll von herzlichem Verstehen für die taufend Nöte des Lebenskampfes. Und wenn man sich in die Novellensammlung „Der Leuchtende Baum“ vertieft, findet man von warmem Mitgefühl durchglühete Tragödien des Alltags. Bilder von der Arbeit, der Landstraße, der Liebe. Soziale Hintergründe werden enthüllt, aber ohne pathetische Anklage, häufig mit Humor, immer mit Liebe zu den Mitmenschen. Und das Märchen „Im Satansbruch“ ist sogar ein schönes Symbol für die Macht des Glaubens an die Güte im Menschen. Unter den Verbitterten, den Freudlosen, erscheint einer, der ihnen den Beweis mitbringt, daß der Daseinskampf durch den Glauben an die Zukunft überwunden werden kann. Wenn alle sich um ein Ziel einigen!

Ist das Tendenz? Nein, aber es ist die Wahrheit von unser soziales Leben, geädelt durch die dichterische Form. In einem so schönen Gewande, das man in besinnlicher Stunde gern immer wieder danach greift. Und von dieser Art sind alle Bücher der Büchergilde Gutenberg. Darum sind sie bestimmt, die Bücher der Werkstätten zu werden. Jeder sollte in ihnen die Freunde seiner stillen Stunden finden. Hans Otto Henel.

Röschling- und Max-Hütte, Deutscher Eisenhandel, der „Artewek“, Otto Wolff, Spaeter und die Güte-Hoffnungshütte. Außerdem ist noch angeschlossen die Werkhandelsfirma des Palmers Walzwerkes. Die Handelsgruppen sind verpflichtet, bei den zur Deutschen Waggonbauvereinigung gehörenden Waggonfabriken dahin zu wirken, daß alle Aufträge auf die Erzeugnisse für Reichsbahnwagen unmittelbar an die Deutsche Waggonbauvereinigung gegeben werden.

Ver. u. mitteldeutsche Stahlwerke u. Spaeter mit 32,0 %
Gutehoffnungshütte " 9,5 "
Krupp " 11,5 "
Röschling " 9,5 "
Hoelch " 5,0 "
Röschling und Max-Hütte " 9,5 "
Deutscher Eisenhandel " 7,5 "
„Artewek“ (Rote Erde und Burbach) " 3,0 "
Otto Wolff " 6,75 "
Peine und einige freie Eisenhändler " 5,75 "

Durch eine solche Regelung sind die Waggonfabriken beim Einkauf von Eisen äußerst günstig gestellt. Wenn auch die Herstellung der Waggonen unter der Kontrolle des Eisenbahnzentrallamtes erfolgt und dieses die Herstellungspreise für die einzelnen Wagenrippen möglichst niedrig zu halten trachtet, so haben aber die Betriebe der Waggonbauvereinigung doch immerhin recht annehmbare Verdienste aus diesen Aufträgen, die noch durch den günstigen Eisenabfluß mit der Wagenbauvereinigung erhöht werden.

Betriebsrat und Unorganisiert.

Darf der Betriebsrat, um den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren, dem Betriebsinhaber von einem Beschluß der Belegschaft, nicht mit Unorganisierten zusammen zu arbeiten, Mitteilung machen?

Um diese Frage drehte es sich bei einer Klagesache am Amtsgericht Leipzig. Der Betriebsrat der Firma Th. J. in Leipzig hatte in Ausübung seiner Pflicht nach dem Betriebsrätegesetz gehandelt, indem er dem Betriebsinhaber den Beschluß der Belegschaft, nicht mit dem Unorganisierten J. arbeiten zu wollen, mitteilte. Der Malermeister J. erhob hierauf Klage auf Ersetzung des Schadens, den er durch seine Entlassung gehabt habe.

Tatsächlich kam auch das Amtsgericht Leipzig dazu, die Beklagten zur Ersetzung des Schadens zu verurteilen. Selbstverständlich liegen die Verurteilten die Sache an das Landgericht gehen, das dann auch das vorinstanzliche Urteil aufhob und die Angeklagten freisprach.

Da Fälle ähnlicher Art wohl öfter vorkommen, dürfte es von Interesse sein, Tatbestand und Begründung der landgerichtlichen Entscheidung zu veröffentlichen.

Tatbestand. Der Kläger war früher selbst Malermeister und Innungsmitglied. Am 1. Juli 1926 trat er als Gehilfe bei Malermeister J. in Leipzig in Arbeit, wo er bis zu seiner am 10. August 1926 erfolgten Entlassung tätig war. Im Betriebe des Malermeisters J. bildeten die Beklagten den Betriebsrat. Die dazugehörigen Gehilfen erklärten dem Kläger im Sommer 1926, daß sie mit dem Kläger nicht länger zusammen arbeiten wollten, wenn er nicht ihrem Verband beitrete; diesen Beschluß teilten die Betriebsratsmitglieder dem Malermeister J. mit, worauf dieser dem Kläger J. arbeitslos gab, dem Malerverband beizutreten. Da dieser jedoch den Beitritt ablehnte, wurde er entlassen. J. erhob nunmehr am 18. August 1926 bei dem Betriebsrat Einspruch gegen seine Entlassung und erhielt darauf auch Antwort. Der Kläger, der insgesamt 8 Tage arbeitslos war, forderte von den 3 Betriebsratsmitgliedern als Schadenersatz 63,60 M mit der Begründung, seine Entlassung sei erfolgt auf Verreiben der Beklagten, die dem Betriebsrätegesetz zuwider gehandelt hätten; die Beklagten hätten ihn nur terrorisieren und durch Androhung eines Streiks in den Verband zwingen wollen; sie hätten auch pflichtwidrig seinem Einspruch gegen seine Entlassung nicht stattgegeben und ihm die Anrufung des Schlichtungsausschusses unmöglich gemacht. Die Beklagten bestreiten die Forderung und stellen jede ursächliche Mitwirkung an der Entlassung des Klägers in Abrede. Sie sind nach vorangegangener Beweisaufnahme durch das Urteil des Amtsgerichtes Leipzig vom 4. November 1926 als Gesamtschuldner zur Zahlung von 63,60 M verurteilt worden. Hiergegen haben sie fristgemäß Berufung beim Verusungsgericht eingereicht. Sie beantragen, unter Aufhebung des angefochtenen Urteils die Klage abzuweisen. Der Kläger stellt den Antrag, die Berufung zurückzuweisen.

Entscheidungsgründe. Als Mitglieder des Betriebsrates haben die Beklagten wenn nicht sogar die Pflicht, so doch wenigstens die Befugnis zu der von ihnen im Auftrag der Belegschaft ihrem Arbeitgeber gegenüber abgegebenen Erklärung, daß die Belegschaft im Fall des Nichtbeitrittes des Klägers zu ihrem Verband, oder im Fall der Nichtentlassung des Klägers die Niederlegung der Arbeit beabsichtige. Diese Befugnis folgt, wenn nicht schon aus der allgemeinen Stellung des Betriebsrates als des Organs zur Vermittlung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, so doch mindestens aus seiner gesetzlichen Aufgabe, den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren. Wenn also die Beklagten den nach der Behauptung des Klägers in einer Werkstubeinigung von sämtlichen Arbeitern gefaßten Beschluß, bei Nichtentlassung des Klägers, oder bei dessen Nichtbeitritt in ihren Verband die Arbeit niederzulegen, dem Arbeitgeber J. im Auftrag der Belegschaft mitteilten, so wäre diese Mitteilung für sich allein ohne Hinzutreten besonderer Umstände nicht zu beanstanden, denn der Betriebsrat ist eben in der

artig gelagerten Fällen nur das Sprachrohr der Gesamtbelegschaft und kann für deren Entschlüsse nicht verantwortlich gemacht werden. In dem bloßen Ueberbringen eines Belegschaftsbeschlusses kann ein bewußt rechtswidriges, schuldhaftes Verhalten des Betriebsrates nicht erblickt werden. Mangels Verschulden aber entfällt eine Haftung aus BGB. § 823 ff. Es bedarf deshalb keines Eingehens auf die Frage, ob das Betriebsrätegesetz ein Schutzgesetz im Sinne des BGB. § 823 Abs. 2 ist. Es bedarf auch keines Eingehens auf die Aussage des Zeugen H., bei der Mitteilung der Beklagten an den Arbeitgeber sei nicht mit einer Arbeitsniederlegung der Belegschaft gedroht worden, sowie darauf, daß der Zeuge J. bei seiner zweiten Vernehmung — im Gegensatz zu seiner ersten Vernehmung — sich an eine derartige Drohung nicht mehr mit der erforderlichen Bestimmtheit hat erinnern können.

Auf seinen Einspruch auf die Kündigung hat der Kläger die beiden Briefe vom 17. August 1926 erhalten. Eines Eingehens auf den ersten Brief bedarf es nicht, da er nur den Charakter einer unverbindlichen, privaten Äußerung der persönlichen Meinung des Beklagten Sch. trägt. Der zweite Brief dagegen hat den Charakter einer offiziellen Mitteilung; in ihm teilt der Beklagte Sch. als Betriebsratsobmann dem Kläger mit, daß der Betriebsrat nach Rücksprache mit dem Arbeitgeber nichts gegen die WiederEinstellung des Klägers einzuwenden habe. Bei dem Zusammenhang dieses Briefes, dessen Empfang der Kläger zugegeben hat, mit der Aussage des Zeugen J. vom 10. Juni 1927 gelangt das Verusungsgericht zu der Ueberszeugung, daß der Betriebsrat mit dem Arbeitgeber über die WiederEinstellung des Klägers verhandelt und ihm diese — allerdings erfolglos — empfohlen hat. Der Betriebsrat hat also seiner Pflicht, festzustellen, daß er seine Anrufung für begründet erachte und durch Verhandlungen eine Verständigung mit dem Arbeitgeber zu versuchen, genügt. Der trotz dieser Bemühungen des Betriebsrates nicht wiederEinstellte Kläger hätte nunmehr die Möglichkeit gehabt, binnen weiteren 5 Tagen den Schlichtungsausschuß anzurufen. Der Kläger gibt selbst zu, daß er diese Anrufung abschlägig unterlassen hat.

Weil hiernach ein schuldhaftes, sittenwidriges Verhalten oder Unterlassen der Beklagten nicht in Frage kommt, ist unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils der Kläger mit seiner Klage abzuweisen.

Im Kostenpunkt beruht die Entscheidung auf § 91 der Zivilprozeßordnung.

Als Kuriosum sei noch mitgeteilt, daß den Rechtsanwalt des Klägers nach allem, was zu beobachten war, die Leipziger Malerinnung übernommen hatte. Wenn sie das für Meister tut, ist das in der Ordnung. Wenn sie dann weiter geht und sogar am Gericht die Interessen von Gehilfen — die ihr allerdings angenehm sein müssen — vertritt, so ist das „wahrhaft rührend“.

Die Arbeiterkraft und das Reparationsproblem.

Der Reparationskommissar Parker Gilbert hat kürzlich in einer Denkschrift die Ausgabenwirtschaft des Deutschen Reiches, der Einzelstaaten und der Kommunen einer scharfen Kritik unterzogen und als gefährlich für die Durchführung der Reparationszahlungen bezeichnet. Die Gewerkschaften aller Richtungen und die politischen Parteien der Arbeiterkraft haben seiner Zeit dem Dawes-Plan in kühler wirtschaftlicher Ueberzeugung zugestimmt. Mit dem Gutachten war der Wirtschaft nach dem Ruhrkampf ein klarer Zahlungsplan auferlegt, der es ihr ermöglichte, ihre Leistungen entsprechend einzurichten. Unter dem wirtschaftlichen Drucke der Jahre nach dem Ruhrkampf hat sich die deutsche Wirtschaft nahezu völlig durchrationalisiert und durchorganisiert. Es sind nur noch wenige Wirtschaftszweige, die nicht bis zu 70 und 80 % vertruftet und kartelliert sind. Die ersten Ergebnisse der Rationalisierung machen sich jetzt unter dem Druck der Gewerkschaften in Lohn-erhöhungen unter der Arbeiterkraft bemerkbar. Es ist nicht uninteressant, zu sehen, daß in diesem Augenblicke die Denkschrift des Reparationskommissars erscheint und die Drosselung konsumtiver Ausgaben verlangt.

Die Zustimmung zu einer wirtschaftlichen Maßnahme, wie dem Zahlungsplan des Dawes-Gutachtens, bedeutet noch nicht, daß sich die Gewerkschaften auf Gebel und Verderb dem Plane verschrieben haben. Es ist wirtschaftlich noch sehr umstritten, ob die Ueberführung solcher Mengen an finanziellen Mitteln und Waren, wie sie der Dawes-Plan vorsieht, tatsächlich der empfangenden Wirtschaft zum Wohle gereicht. Als die Vereinigten Staaten kurz nach dem Kriege nahezu den gesamten Goldvorrat Europas nach Amerika überführten, wurde die Wirtschaft keineswegs dadurch bereichert, die Preise gingen entsprechend in die Höhe, der Zinsfuß des Leihkapitals sank. Die Finanziers der Wallstreet fanden allerdings den Ausweg, das überschüssige Kapital dem verarmten Europa gegen entsprechenden Zinsfuß auszuleihen. Die Ueberführung des Kapitals brachte der amerikanischen Wirtschaft in sich keinen Vorteil.

Ähnlich liegt es mit den Sachgütern. Der deutsche Schiffsraum, der nach dem Kriege nach England überführt wurde, bereicherte die englische Wirtschaft nicht, nahm ihr Liegeplätze in den Häfen und verrottete. Der deutsche Kohle, der nach Belgien auf Reparationskonto überführt wird, legt belgische Kokereien still und macht Arbeiter brotlos. Der Entzug schadet der deutschen Wirtschaft und nützt der fremden Wirtschaft nicht. Man kann einer Wirtschaft nur die Güter und Kapitalen zuführen, die sie in einem bestimmten Augenblicke des jetzigen oder zukünftigen Prozesses notwendig braucht.

Diese wirtschaftlichen Konsequenzen des Dawes-Gutachtens, die wirtschaftlich nicht bis ins letzte überlegte Ueberführung von Mengen Güter aus einer Wirtschaft in die andere wird einmal zu kritischen Situationen führen. Vorläufig sind sich nur wenige Wirtschaftler dieser Schwierigkeiten bewußt. Die Arbeiterkraft aber tut gut, schon rechtzeitig darauf hinzuweisen.

Es ist nicht uninteressant, zu sehen, daß ein Vertreter des amerikanischen Finanzkapitals, der Parker Gilbert

doch ist, in seiner Kritik an der Wirtschaft auf diese Fragen überhaupt nicht eingiht. Er kritisiert die konsumtive Verwendung des Ertrages der Wirtschaft in der deutschen Wirtschaft und fürchtet aus dieser Verwendung heraus um die Erträge der Reparationskasse. Während im eigenen Lande, in den Vereinigten Staaten, prominente Köpfe schon in Sorge sind, um die Wirkungen der ungeheuren Zinszahlungen und Kapitalrückflüsse in die amerikanische Wirtschaft, fürchtet Parker Gilbert darum, daß zu wenig zurückfließen könnte. Das rückströmende ausgelebene amerikanische Kapital, die dazukommenden ungeheuren Zinszahlungen von durchschnittlich reichlich 10 % werden den Preis für Kapital in den Vereinigten Staaten weiter vermindern und die Preise für tägliche Lebensgüter weiter erhöhen.

Es ist ferner nicht uninteressant, zu sehen, daß der Vertreter des Finanzkapitals, Parker Gilbert, seinen Angriff auf das Konsumtionskapital richtet, wie es Staat und Gemeinden, wie es Beamte und Arbeiter verbrauchen. Es ist der übliche Angriff des Kapitals auf die Arbeit, in diesem Falle nur in erweitertem Maßstabe eines Vertreters des internationalen Kapitals auf die Wirtschaft eines ganz-n Landes. Er überläßt dabei, wie der Kapitalismus es immer unbeachtet läßt, daß auch für die Vereinigten Staaten eine erhöhte Konsumtion der europäischen Länder eine Erhöhung der Produktivität der amerikanischen Wirtschaft nach sich zieht. Die erhöhte Konsumtion einer Gesellschaft vermag allein die Produktion und damit die Rentabilität der Wirtschaft zu erhöhen. Die Zuführung toter Kapitalmengen erhöht sie ohne weiteres nicht, wie das amerikanische Beispiel lehrt. Die Drosselung der Konsumtion bedeutet den Tod der Wirtschaft.

Die heutige wirtschaftlich denkende Arbeiterschaft ist die letzte, die die Durchführung des Dawes-Gutachtens sabotieren würde. Über sie wird ebenso kritisch die Wirkungen solcher Zahlungen und Ueberweisungen beobachten, wie sie Behauptungen und Maßnahmen entgegenstellen wird, die offenbar wirtschaftsfeindliche Folgen nach sich ziehen. Die Drosselung der deutschen Konsumtion wäre eine solche wirtschaftsfeindliche Folge der Gilbertschen Rat-schläge, und damit weder für die amerikanische noch für die deutsche Wirtschaft von Vorteil. Dr. T. S.

Berufsunfälle

Stendal. Auf dem Gelände des Eisenbahn-Ausbesserungswerks wurden dem Maler Leppin, der auf dem großen Hofkran mit Anstreicherarbeiten beschäftigt war, beide Beine gequetscht. Nur der Gestegegenwart des Kranführers ist es zu danken, daß dem Bedauernswerken die Beine nicht völlig abgequetscht wurden. — Warum wird der Betrieb des Krans nicht so lange eingestellt, bis der Anstrich ausgeführt ist?

In Belgard a. d. Persante stürzte unser Jungkollege, der Malerlehrling Franz Callis, beim Abbau eines Fassabengerüstes, als er versuchte, vom Fenster im dritten Stock aus eine befestigte Leiter loszumachen, herab auf den Bürgersteig. Bevor er ins Krankenhaus gebracht werden konnte, starb er an den erlittenen schweren Verletzungen. Das Gerüst, das der Malermeister W. Ewaldt aufgestellt hat, wurde sofort von der Polizei photographisch aufgenommen.

Aus Unternehmertreffen

Mit der Frage des Verbindungswesens und der Arbeitsvergebung beschäftigte sich kürzlich die Dresdener Malerinnung in eingehender Weise, ganz besonders wurden die sich daraus zeigenden Mängel einer scharfen Kritik unterzogen. In einer einstimmig angenommenen Entschlüsse proklamierte die Innung aufs schärfste gegen die „unhaltbaren Zustände auf dem Gebiete des Verbindungswesens, die nicht zur Belebung, sondern zum Ruin des Gewerbes beitragen. Die besonderen Arbeitsverhältnisse im Malergewerbe bedingen vor allen Dingen auch im Interesse des öffentlichen Auftraggebers die weitestgehende Mitwirkung von Sachverständigen aus dem Berufe, welche die Ausführung der Arbeiten überwachen und vor allen Dingen bei der Vorberatung der Kostenanschläge mitwirken müssen, um eine kundige Ausführung zu ermöglichen. Es muß ausdrücklich betont werden, daß der Sachverständige bei Aufstellung des Kostenanschlags so notwendig ist, wie bei Ueberwachung der Arbeit. In den einzelnen Positionen eines Kostenanschlags bei Vergabung von Arbeiten muß deutlich zu ersehen sein, wie oft und mit welchem Material der zu vergabende Gegenstand gefertigt werden muß; denn nur so kann der Auftraggeber seine Rechte schützen, wenn er klar und deutlich zum Ausdruck bringt, was er haben will; außerdem kann der Sachverständige viel leichter und besser die Kontrolle durchführen.

Die staatliche Bauverwaltung hat den lobenswerten Versuch gemacht, diesem Erfordernis gerecht zu werden. Leider muß aber festgestellt werden, daß die Verordnung des sächsischen Finanzministeriums vom Landbauamt Dresden nicht im erforderlichen Sinne durchgeführt wird.

Die Maler-Innung zu Dresden erwartet dringend die strikte Durchführung von deren Ausdehnung auf die Zugehörigen von Sachverständigen bei Aufstellung der Ausschreibungsunterlagen. Von der städtischen Hochbauverwaltung wird erwartet, daß die genannte Verordnung auch in ihrem Bereiche durchgeführt wird. Die jährliche Nachheranziehung der Sachverständigen bei Aufstellung von Kostenanschlägen von Staat und Stadt ist weiterhin nicht mehr tragbar. Sollte besonders in diesem Falle keine Änderung eintreten, so würde sich die Innung veranlaßt fühlen, die benannten Sachverständigen zurückzuziehen.

Wenn gegen die das gesamte Gewerbe schädigenden Unterbietungen mit Erfolg vorgegangen werden soll, so muß das einheitlich in allen Städten geschehen, wie es auch erforderlich ist, daß zur Ueberwachung der auszuführenden Arbeiten Sachverständige aus den Gehilfenkreisen hinzugezogen werden.

Baugewerbliches

Untragbare Wohnungsmieten für Arbeiter. Aus Jüterbog schreibt uns ein Kollege: Ich wohne seit November 1925 in einem neuerbauten Siedlungshaus. Jedesmal 5 Häuser bilden einen Block für ebensolche, also fünf Familien. Weil ich Mitglied der betreffenden Siedlungsbaugenossenschaft war und noch bin und eine gesundheits-schädliche Wohnung hatte, habe ich mich damals als Wohnungsbewerber gemeldet. Es wurde uns versprochen, daß eine Drei-Zimmer-Wohnung mit Küche, Kammer, Badestube und Zubehör (Boden, Keller, Stall) höchstens 45 bis 50 M monatliche Miete betragen würde. Nachdem nun die Häuser bezogen waren, wurden uns 60 beziehungsweise 65 M monatliche Miete aufgebremmt. Außerdem mußten wir einen Baukostenzuschuß von 1000 M zahlen. Diese Mieteumlage von 60 M habe ich nun seit Dezember 1925, vom Dezember 1926 an 62 M monatlich gezahlt. Jetzt, nach 2 Jahren, wo wir bald auf eine Herabsetzung der Mieten rechnen, ist die endgültige Abrechnung der Bauten herausgekommen, und ich muß monatlich 71 M zahlen; das macht die Woche 16,60 M allein für Miete. Hierzu noch Kanal-, Wasser-, Lichtgebühren usw. Was bleibt da noch zum Leben übrig? Mein Nachbar hat etwas größer: Bodenfläche und soll 102 M monatlich zahlen. Da möchte ich doch hier die Frage aufwerfen, ob derartig hohe Mieten für einen Arbeiter in einer Kleinstadt noch tragbar sind?

Die Darlegungen unseres Kollegen sind kennzeichnend für das Nichtbeachten wichtiger Faktoren bei manchen Siedlungsgenossenschaften. Nur dann kann der Bau von neuen Wohnungen zur Behebung der Wohnungsnot genügen, wenn die Baukosten unter Benutzung einfacher Bauweisen und Verwendung billigster, dabei aber nicht minderwertiger Baustoffe eine für die arbeitenden Volksschichten tragbare Miete ermöglichen.

Gewerkschaftliches

Über die russische Gewerkschaftsbewegung ist loben von der Verlagsgesellschaft des DGB, Berlin S. 14, der erste Band (Preis gebunden 17 M, broschiert 16 M) eines großartigen Werkes herausgegeben worden, das die Zeit von 1905 bis 1914 umfaßt und die Geschichte der Gewerkschaften während dieses Zeitabschnittes und ihren Kampf ums Dasein beleuchtet.

Der Verfasser, W. Grinewitsch, der seit der Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts in der russischen Arbeiterbewegung sehr eifrig tätig war, zeichnete sich seit jeher innerhalb der russischen Sozialdemokratie durch seine besondere Betonung der unmittelbaren wirtschaftlichen Ziele der Arbeiterbewegung aus. Als bei der Aufschwung der Arbeiterbewegung vor und in der Revolution 1905 die ersten Voraussetzungen für die Entstehung der Gewerkschaftsbewegung in Rußland geschaffen wurden, war es Grinewitsch, der seine ganze Kraft dieser Bewegung widmete und zu einem der bedeutendsten Gewerkschaftsführer wurde. Er war im Jahre 1905 der Führer der Gewerkschaften in Petersburg, dem wichtigsten Zentrum der Bewegung in der ersten Revolution, und er war es auch, der 1906 zum Vorsitzenden des Organisationskomitees zur Einberufung des ersten allgemeinen russischen Gewerkschaftskongresses gewählt wurde — eine Aufgabe, die von demselben Organisationskomitee erst in der zweiten Revolution erfüllt werden konnte. Auch ist Grinewitsch vor mehr als zwei Jahrzehnten zu einem Bindeglied zwischen der jungen russischen und der deutschen Gewerkschaftsbewegung geworden: er schrieb damals über die russische Gewerkschaftsbewegung für das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, korrespondierte mit dem von Legien geleiteten Internationalen Gewerkschaftssekretariat, vertrat die russischen Gewerkschaften auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart 1907 und hat auch viel dazu beigetragen, die Erfahrungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung den russischen Gewerkschaften zugänglich zu machen. So ist Grinewitsch wie kein anderer geeignet, die Entstehung und Entwicklung der russischen Gewerkschaftsbewegung vor den Augen der deutschen Leser anzuleben zu lassen.

Das Werk Grinewitschs ist eine Art Geschichte der russischen Gewerkschaftsbewegung, hat aber als Geschichtswerk seine Besonderheiten. Den ersten Teil des jetzt vorliegenden Bandes (Seite 1 bis 120) bildet eine abgekürzte Uebersetzung des russischen Werkes des Verfassers, das Grinewitsch im Jahre 1908 unmittelbar aus der Praxis und vorwiegend für die Praxis geschrieben hat und das in Rußland bis auf den heutigen Tag als das bedeutendste Werk über die russische Gewerkschaftsbewegung in den Jahren der ersten Revolution anerkannt wird. Nicht die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung war es aber, was damals den Verfasser in erster Linie interessierte, sondern die Schilderung der lebendigen Bewegung mit allen ihren aktuellen Problemen. Das Werk gewinnt hier dadurch ungemein an Anschaulichkeit und Interesse.

Der zweite Band des Werkes, der in Vorbereitung begriffen ist, wird die neueste Geschichte und den gegenwärtigen Stand der russischen Gewerkschaftsbewegung schildern. Das Erscheinen dieses Bandes kann um so mehr mit Interesse erwartet werden, als der Verfasser im Jahre 1917 wieder an führender Stelle in der russischen Gewerkschaftsbewegung tätig war.

Genossenschaftliches

Wachsen und Leistungen der Volksfürsorge. In den ersten 10 Monaten des Jahres 1927 sind bei der Versicherungsgesellschaft der deutschen Arbeitnehmerschaft der Volksfürsorge, rund 310 000 Anträge auf Volks- und Lebensversicherungen gestellt worden, davon im Oktober allein 33 000. Gegenwärtig zählt die Volksfürsorge einen Bestand von zirka 950 000 Versicherungen

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbig. Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

mit etwa 350 Millionen Reichsmark Versicherungssumme. Die erste Million Versicherter ist also bald erreicht. Durch solche erfreulichen Fortschritte wird die Volksfürsorge immer mehr eins der größten deutschen Lebensversicherungsunternehmen.

In diesem Jahre sind bis einschließlich Oktober rund 916 000 Reichsmark an Versicherungssummen zur Auszahlung gebracht worden. Von dieser Summe entfallen rund 190 000 Reichsmark auf tödliche Unfälle.

Vom Ausland

Schweiz. Es naht die Zeit, in der die deutschen Maler wieder in ihre Heimat zurückkehren. Darunter sind auch solche, die ihren internationalen Pflichten nicht nachgekommen sind, die seit Monaten hier arbeiten, sich keiner Organisation anschlossen und keine Beiträge in der Schweiz bezahlten. Diese Kollegen werden bei ihrer Rückkehr in Deutschland anführen, dass am Arbeitsort keine Sektion war und dass sie die Adresse der Zentrale in der Schweiz nicht wussten. Wenn ihnen nun hier nach der Rückkehr die deutschen Marken etwa nachgeklaut worden, so verstößt das gegen die internationalen Abmachungen. Die Kollegen haben die Pflicht, wenn sie in der Schweiz arbeiten, auch ihre Beiträge dem schweizerischen Verbands zu bezahlen. Es dürfen keinerlei Ausreden anerkannt werden. Im Kanton Graubünden arbeiten zirka 40 deutsche Maler, teilweise schon seit April, die organisiert sind und bisher keinen Centime an die schweizerische Organisation bezahlten. Solch unkollegiales Vorgehen darf nicht unterstützt werden.

Berichtliches

Ferien- und Studienreisen. Das Allgemeine Arbeiter-Bildungsinstitut in Leipzig, Braustraße 17, II. (Abteilung Studien-Ferienreisen), veranstaltet auch im kommenden Jahre eine Reihe von Ferien- und Studienreisen. Um den Teilnehmern die Aufbringung der Kosten zu erleichtern, werden jetzt schon regelmäßige Einzahlungen auf die eingerichteten Kasseguthaben entgegengenommen. Näheres hierüber sowie über die geplanten Reisen enthält der gut ausgestattete Prospekt, der von der angegebenen Adresse gegen Einsendung von 30 S bezogen werden kann.

Fachtechnisches

Ueber „Die Bindemittel des Malers“
bleibt Herr Malermeister Fuchs, Stuttgart, am 15. November einen instruktiven Vortrag im Hamburger Gewerkschaftshaus. Vom Kalk als dem ältesten und wegen seiner guten Eigenschaften noch heute geschätzten Bindemittel ausgehend, schilderte er dessen vielseitige Verwendbarkeit für Innen- und Außenarbeiten. Die viel bewunderte Freskotechnik zeigt, daß mit diesem oft verkauften Urmaterial Werke von höchster künstlerischer Vollendung und fast unbegrenzter Haltbarkeit geschaffen wurden. Allerdings hat der Kalk bei der Verwendung zu Anstrichzwecken erhebliche Mängel, da vor allem volle und kalte Farbtöne nicht zu erzielen sind. Hier sind mit Kasein, einem auf Kalk und den Nebenprodukten der Milch aufgebauten Bindemittel, sowie mit tierischem Leim bessere Erfolge zu erreichen, um so mehr die damit gebundenen Farben auch zu feineren Malereien und zu Einzierarbeiten zu verwenden sind. In der Mitte des ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts kamen Pflanzenteime auf den Markt, deren Einführung durch die zu gleicher Zeit einsetzende Weihenche mit dem Verzicht auf allen dekorativen Schmuck außerordentlich begünstigt wurde. Mängel, die sowohl dem fabrikmäßig hergestellten Kasein als auch dem tierischen und den pflanzlichen Leimen anhaften, sind das leichte Verderben durch Fäulnis der Bindemittel und der gebundenen Farben, wie die geringe Widerstandsfähigkeit gegen atmosphärische Einflüsse. Selbst die geringen Ausdünstungen und Temperaturschwankungen in den menschlichen Wohnungen ver-

nichten in kurzer Zeit die Bindkraft, so daß der Farbstoff als mehligte Masse abtaucht. Ein weiterer Fehler ist, daß alle Anstriche vor jedesmaliger Erneuerung vollständig entfernt werden müssen, was besonders in bewohnten Räumen unangenehm empfunden wird und nicht unerhebliche Kosten verursacht. Alle diese Mängel lassen die neue Buntpastenbewegung nicht so recht aufkommen. Nun ist es nach jahrelangen Bemühungen gelungen, in dem Cirine-Wachse ein hochkonzentriertes Bindemittel für Innenarbeiten herzustellen, das alle Vorzüge eines haltbaren Leimfarbenanstriches in sich vereinigt, die Fehler aber restlos vermeidet. Cirine-Wachseim verbleibt und fault nicht, ist äußerst ergiebig, bedarf daher nur eines Drittels des sonst üblichen Zusatzes, und springt auch bei Ueberbelastung nicht ab. Dieses neuzeitliche Bindemittel bedarf wohl eines festen Untergrundes, verlangt daher das erste Mal die gründliche Beseitigung der alten und verdorbenen Anstriche, läßt sich dann aber mit demselben Erfolg auf Putz, Holz, Stoff, Papier, auch auf alle Oelfarbenanstriche verwenden, wäscht nicht und kann nach Entfernung der lose aufhängenden Staubteile jederzeit — ohne Abwaschen oder Abkochen — beliebig oft erneuert werden. Mit Cirine-Wachseim läßt sich streichen, linieren und malen. Durch Trockenbürsten können, wie durch vorgelegte Muster gezeigt wurde, wirkungsvolle Effekte erzielt werden, so daß man Cirine-Wachseim als das ideale Bindemittel bezeichnen darf, das der Buntpastenbewegung förderlich sein wird. Ein Zusatz von Delwachs, Kasein ergibt eine Emulsion, die an Beständigkeit selbst die auf Kieselsäure aufgebauten Mineralfarben übertrifft. Wegen seiner Widerstandsfähigkeit gegen Wasser und gegen atmosphärische Einflüsse eignet es sich sowohl für Außenarbeiten, wie für Arbeiten in besonderen Räumen, in Krankenhäusern usw., wo eine gründliche Reinigung durch Abwaschen erforderlich ist. Eine Vorbedingung für das Gelingen solcher Arbeiten ist, daß die Verwendung des Bindemittels genau nach Vorschrift erfolgt und daß nur gute, unverfälschte Farben verwandt werden, die zur Erzielung größerer Feinheit durch Reiben auf der Farbmühle innig miteinander vermischt werden. Unsere Zeit erfordert neue Arbeitsmethoden und neue Materialien. Hier ist den Fachleuten ein Bindemittel gegeben, das allen Anforderungen an hochwertige Qualitätsarbeiten voll entspricht. Wie in der Oelfarben- und der Nationalisierung durch schnelltrocknende Lacke und Farben vor sich geht, so ruft Cirine-Wachseim eine Umwälzung hervor, die dem Malergewerbe wieder zu dem alten Ansehen verhelfen wird.

Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag wurden noch eine Anzahl Fragen von dem Referenten bereitwillig und erschöpfend beantwortet.

Bei aller Skepsis, die so viele Enttäuschungen mit andern Mitteln nun einmal im Laufe der Jahre bei uns zurückgelassen, haben wir doch keine Ursache, den Darlegungen dieses erfahrenen Fachmannes mit Mißtrauen zu begegnen. Es wäre nur zu begrüßen, wenn dieses auf Erd- oder pflanzliches Wachsaufgebauete Bindemittel sich bewährte, daß die großen Hoffnungen in der Praxis standhalten. Wir eruchen unsere Kollegen, uns ihre Erfahrungen mit Cirine-Wachseim, Delwachs-Kasein und Wachsglasur mitzuteilen und werden nach eigenen Versuchen noch einmal darauf zurückkommen.

Uetzfenapparate zum Abbrennen von Farbenstrichen müssen der Behörde gemeldet werden. Bekanntlich werden in verschiedenen Malerwerkstätten zum Abbrennen kleine Hochdruck-Uetzfenentwicker verwendet. Wie der Chemiker Gewerbeaufsichtsamts der dortigen Malerinnung mitteilte, muß die Benutzung dieser Apparate nach § 1 der Uetzfenverordnung vom 20. Oktober 1923 („Sächsisches Gesetzblatt“, Seite 477) der Behörde unter Einreichung der vorgeschriebenen Unterlagen angezeigt werden.

Fachliteratur

Elkmeier, F. W., Leitfaden für die Meisterprüfung. 19. Auflage, 134.—145. Tausend, 142 Seiten, brosch. 1,25 M. Verlag Heinrich Kallinger, Verlagsgesellschaft m. b. H., Nordhausen am Harz. Das Buch hat in Handwerkerkreisen schon bei seiner Erstausgabe guten Anklang gefunden, was hauptsächlich auf seine übersichtliche Anordnung und seine klare, kurz gefasste Ausdrucksweise zurückzuführen ist. Es unterrichtet über die Bedingungen zur Ablegung der Meisterprüfung, gibt Auskunft über die in Betracht kommenden Gesetze, auch die neuesten Gesetzesbestimmungen (Arbeitsgerichtsgezet, Arbeitslosenversicherung usw.) und schon berücksichtigt und führt weiter in die verschiedenen Verfahren der Buch- und Rechnungsführung ein. Der billige Preis ermöglicht es jedem Interessenten, sich diesen zuverlässigen Leitfaden zu beschaffen.

Vom 13. bis 19. November ist die 46. Beitragswoche. Vom 20. bis 26. November ist die 47. Beitragswoche.

Sterbetafel

Bremen. Am 5. November starb unser Kollege August Lipp in dem Alter von 68 Jahren; am 15. November starb unser Kollege Ernst Schlotz im Alter von 65 Jahren. Beide Kollegen wurden durch den Tod von längerer Krankheit erlöst.
Dresden. Am 4. Oktober starb unser langjähriges, treues Mitglied Friedrich Gliemann im Alter von 69 Jahren.
München. Am 3. November starb Kollege Hermann Halbedl im Alter von 55 Jahren an Herzschwäche.
Pirmasens. Infolge Blinddarmpoperation starb einer unserer Besten, unser langjähriges Mitglied Heinrich Willenhofer im Alter von 47 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!